

# «Ich habe keine politische Heimat mehr»

**Hamas-Terroranschlag** Zu wenig Mitgefühl, missverständliche Tweets, antisemitische Töne: Linke Exponenten müssen sich nach dem Hamas-Angriff auf Israel Kritik aus der jüdischen Gemeinde gefallen lassen.

Liliane Minor

Noch nie hatte Jérôme Endrass so Mühe, seinen Wahlzettel auszufüllen, wie diesen Herbst: «Ich wollte diesmal sicherstellen, niemanden mit einem Anti-Israel-Bias zu wählen.» Grund ist der Terrorangriff der Hamas auf Israel – und die darauffolgenden Reaktionen linker Politiker, Parteien und Organisationen.

Endrass ist Forensiker, Spezialist für Gewalttaten. Und er ist Jude mit marokkanischen Wurzeln. Normalerweise wählt er links. Wegen seiner Herkunft hadert er allerdings mit den linken Parteien. «Natürlich sind die meisten Linken keine Antisemiten. Aber die Linke hat einen blinden Fleck gegenüber dem Antisemitismus», sagt Endrass. Das sei gefährlich, wie die Entwicklungen in Frankreich zeigten, wo das jüdische Leben aus der Öffentlichkeit zu verschwinden drohe.

Er ist nicht der Einzige, dem es so geht. Eine 26-jährige Zürcher Jüdin, die nicht namentlich genannt werden will, weil sie sich aufgrund der Ereignisse nicht sicher fühlt und ihre Familie schützen will, sagt es so: «Ich habe keine politische Heimat mehr.» Wer einen Davidstern am Hals trage, riskiere, in Zürich angepöbelt zu werden – auch von Linken. Viele Jüdinnen und Juden fühlten sich wegen solcher Vorfälle nicht mehr sicher: «Aber die Linke schnallt es nicht.»

## Wenn aus Geflüchteten Kolonialisten werden

Stefanie Mahrer und Christina Späti verstehen den Frust. Die beiden Historikerinnen forschen seit Jahren zum Antisemitismus und zum Nahostkonflikt, Mahrer an der Universität Bern, Späti an der Universität Freiburg.

Mahrer konstatiert: «Ein grosser Teil der Linken, vor allem tonangebende Linke, haben Sympathie für den palästinensischen Befreiungskampf.» Sympathien seien das eine, sagt sie, aber: «Es ist höchst problematisch, wenn ein solcher Terroranschlag in das Narrativ des Befreiungskampfs aufgenommen wird.»

Späti spricht von einem verkrampften Verhältnis der Linken zum Nahostkonflikt: «Und das Problem ist, dass sich das nicht alle eingestehen.» Es gebe zwei gegensätzliche Strömungen innerhalb der Linken.

Da ist einerseits der Antifaschismus, der quasi in der DNA der Linken eingraviert ist, andererseits aber eben auch das Selbstverständnis, Befreiungsbewegungen zu unterstützen. Und dann werden aus Jüdinnen und Juden, die vor Verfolgung und der Schoah geflüchtet sind, plötzlich weisse Kolonialherren, die unschuldige Palästinenser unterdrücken.

Wenn darüber nicht diskutiert werde, tappe man sehr schnell in die Antisemitismus-Falle, sagt Späti, und rede zum Beispiel von Juden statt Israelis. Oder sage, Jüdinnen und Juden seien empfindlich und längst nicht jede Kritik an Israel antisemitisch. «Auffallend ist, dass Linke nie so reden würden, wenn es um People of Color ginge.»



Auch in Zürich riskiert man, für einen Davidstern am Hals angepöbelt zu werden. Das kapiere die Linke nicht, kritisieren Jüdinnen und Juden. Foto: Imago

**«Noch nicht alle in der Linken realisieren, wie sich diese 1300 Toten ins Gedächtnis einbrennen und wie viel existenzielle Angst die Anschläge ausgelöst haben.»**

Nicola Siegrist  
Juso-Chef

Dass in einem solchen Umfeld Social-Media-Posts wie jene von SP-Nationalrat und Sicherheitspolitiker Fabian Molina oder von Juso-Präsident Nicola Siegrist auf Unverständnis stossen, liegt auf der Hand.

Molina, der Mitglied in der parlamentarischen Freundschaftsgruppe Schweiz - Palästina ist, schrieb einen Tag nach dem Angriff, die SP und er selbst seien schockiert über das Leid, «welches die Gewalteskalation bei der Zivilbevölkerung in

Israel und Palästina auslöst». Dass Molina nicht von einem «Terroranschlag» sprach und weder die jüdischen Opfer als solche benannte noch die Hamas als Täterin, brachte ihm viel Kritik ein. «Ich verstehe wirklich nicht, warum es jemandem nach so einem grausamen Akt nicht gelingt, zu sagen, dass das einfach nur unfassbar schlimm ist», findet Jérôme Endrass. «Warum so ein Geschwurbel?» Das sieht auch ein 26-jährige Zürcher Jüdin so: «Ein solcher Kommentar ist austauschbar und wertlos.» Mitgefühl sehe anders aus.

Nicola Siegrist nannte die Hamas zwar beim Namen, als er ihr vorwarf, gegen die Interessen der palästinensischen Bevölkerung zu agieren. Im übernächsten Satz aber schrieb er, die Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung müsse endlich enden.

Als ihm ein anderer User vorwarf, es sei jetzt nicht der Zeitpunkt, beide Seiten anzuhören, doppelte Siegrist nach. Er habe klar gesagt: Die Hamas müsse weg. «Aber: Ich möchte nicht, dass so getan wird, als wäre Israel unschuldig gewesen in den letzten Jahren. Zu viele nutzen die Verbrechen nun aus, um das wegzuwischen.»

## Nicola Siegrist übt Selbstkritik

Ein Tweet, den Antisemitismus-Forscherin Mahrer «haarsträubend» findet: «Als Historikerin bin ich wirklich sehr für Kontext. Aber hier braucht es keinen Kontext. Einen solchen Anschlag muss man einfach nur verurteilen.»

Juso-Chef Siegrist blickt heute kritisch auf seine Tweets zurück. Nicht nur sei die Plattform

X offensichtlich der falsche Ort für eine differenzierte Diskussion: «Ich anerkenne, dass sich Betroffene des Hamas-Terroranschlags mehr Mitgefühl von mir gewünscht haben, ich hätte besser kommunizieren müssen.»

Am Montag, zwei Tage nach dem Angriff, als er sich erstmals geäussert habe, habe ihn die Angst vor Opfern auf beiden Seiten beschäftigt: «Im Nachhinein verstehe ich, dass die abstrakte Forderung nach Einhaltung des humanitären Völkerrechts von beiden Seiten zynisch wirken konnte.»

Er habe seither einen Reflexionsprozess durchgemacht. Wenn ein solcher Vorwurf aus der jüdischen Gemeinschaft selbst komme, die unbestritten Schutz brauche, so müsse er ernst genommen werden. Seit-her habe er viele Diskussionen mit politischen Weggefährten geführt: «Noch nicht alle in der Linken realisieren, wie sich diese 1300 Toten ins Gedächtnis einbrennen und wie viel existenzielle Angst die Anschläge ausgelöst haben.»

Fabian Molina hat weniger Verständnis für die Kritik. Auf Anfrage sagt er zwar: «Es tut mir wahnsinnig leid und weh, wenn Menschen aus der jüdischen Gemeinschaft sagen, sie fühlten sich von uns nicht vertreten.» Vielleicht habe er nicht ganz die richtigen Worte gefunden: «Aber man muss schon sehr fern von uns sein, um nicht zu wissen, wo wir stehen.»

Wenn linke Kreise eine «Free Palestine»-Demo wie die am Samstag geplante organisierten, so habe das mit der SP nichts zu tun. Davon distanzieren will er sich nicht: «Es ist nicht an mir,

jede Demonstration im Vorfeld zu bewerten.»

Die SP habe ihre Position klar formuliert, sagt Molina, und er bekomme auch entsprechende Rückmeldungen aus der jüdischen Gemeinschaft. «Die Menschen, mit denen ich rede, verstehen, dass die Haltung der SP auf dem Völkerrecht basiert. Wir sind klar für eine Zweistaatenlösung.» Auch habe sich die SP in den letzten Jahren stark für die jüdische Gemeinschaft eingesetzt, etwa mit der Verankerung einer neuen Antisemitismus-Definition im Gesetz.

## Von den Rechten «missbraucht»

Das anerkennt auch Jérôme Endrass. Vor zehn Jahren habe sich die parlamentarische Linke deutlich israelkritischer und Hamasfreundlicher positioniert, sagt er. «Zum Glück sind diese Zeiten vorbei.»

Längst nicht alle Jüdinnen und Juden teilen die Kritik an den Linken. Dina Pomeranz zum Beispiel sagt: «Ich war im Gegenteil dankbar, dass sich Vertreter und Vertreterinnen der SP ganz konkret in Zusammenarbeit mit Angehörigen von israelischen Geiseln für Lösungen eingesetzt haben.» Pomeranz ist Wirtschaftspraxisprofessorin der Uni Zürich, sie ist aktiv in der jüdischen Gemeinde in Zürich und hat selbst Angehörige in Israel.

Nicht nur ihr macht etwas anderes viel mehr Sorgen: dass rechte Parteien den Überfall nutzen, um gegen Muslime zu hetzen. Mehr als einmal fällt der Begriff «falsche Freunde». Pomeranz sagt, diese Entwicklung sei nicht nur gefährlich: «Da fühle ich mich auch missbraucht.»

## Direktorin bestätigt Bruch mit Bührle-Beirat

**Ausstellung** Das Kunsthaus Zürich bestätigte am Freitagmittag den Bruch mit dem wissenschaftlichen Beirat der neuen Bührle-Ausstellung, deren Eröffnung für 3. November geplant ist.

Am Donnerstag hatten in den Medien – zuerst im Deutschlandfunk – Gerüchte die Runde gemacht, wonach der Beirat geschlossen zurückgetreten sei.

In einer Medienmitteilung erklärt das Kunsthaus den Bruch zwischen Beirat und Kunsthaus so: «Nach Unstimmigkeiten über das Gewicht, welches die individuellen Schicksale früherer Eigentümerinnen und Eigentümer, die Opfer des NS-Unrechtsregimes geworden waren, in der Ausstellung spielen, ist der Beirat am 13. Oktober geschlossen zurückgetreten.» Der wissenschaftliche Beirat hat das Kunsthausteam bei der Planung und Gestaltung der geplanten Ausstellung begleitet.

## Der Beirat informiert kommende Woche

Der Beirat äusserte sich auch gestern nicht offiziell. Er hat seine Kritik an der Ausstellung offenbar in einem Dokument ausformuliert, das dieser Redaktion jedoch nicht vorliegt. Die Kunsthistorikerin, Kuratorin und Museologin Angeli Sachs, die als Sprecherin des Beirats fungiert, sagt auf Anfrage lediglich, dass der Beirat an der Pressekonferenz vom 2. November ausführlich zu der Zusammenarbeit mit dem Kunsthaus und den Gründen für seinen Rücktritt Stellung nehmen werde.

Ann Demeester, die Direktorin des Kunsthauses, wird in der Medienmitteilung wie folgt zitiert: «Unsere zwölfmonatige Zusammenarbeit war von grossem gegenseitigem Respekt getragen. Aber am Ende stimmten wir darin überein, dass wir nicht in allen Aspekten der konkreten Umsetzung übereinstimmen; das ist bedauerlich und zeigt, wie komplex die Thematik ist.» Sie danke den Mitgliedern des Beirats, dass sie die Konzeption der Ausstellung in vielen Aspekten entscheidend mitgeprägt hätten. Zugleich bedauere sie aber, dass man in der konkreten Umsetzung keinen Konsens gefunden habe.

## Hoffnung auf kontroverse und wertvolle Diskussionen

In der Neuausstellung der Sammlung Emil Bührle mit dem Titel «Eine Zukunft für die Vergangenheit. Sammlung Bührle: Kunst, Kontext, Krieg und Konflikt» gehe es um Kunst und Geschichte und um unterschiedliche Stimmen und Meinungen, schreibt das Kunsthaus. Das Museum mache diese Meinungen öffentlich und gehe davon aus, dass die Präsentation weiterhin kontroverse, aber auch wertvolle Diskussionen auslösen werde.

Dem Expertenbeirat gehören neben Angeli Sachs auch die Provenienzforscherin Nikola Doll vom Kunstmuseum Bern, die Bühnenbildnerin Muriel Gerstner, die Museologin Sarah Kenderdine von der Universität Lausanne, der Geschichtspräsident Matthieu Leimgruber von der Universität Zürich, die Historikerin Stefanie Mahrer von der Universität Basel und Bern sowie der Schriftsteller Thomas Meyer an.

Christoph Heim